

„Die Alternative wären Giftködter“

Stadtrat Tittmoning lehnt Katzenschutzverordnung ab – SPD und Ökolisten dafür, FWG und CSU dagegen

Von Raif Enzensberger

Tittmoning. Mit großer Mehrheit von 5:11 Stimmen hat der Stadtrat Tittmoning den Erlass einer Katzenschutzverordnung abgelehnt. Diese hätte eine Kastations- und Kennzeichnungs-pflicht für Freigänger-Katzen im Gemeindegebiet nach sich gezogen. Auch eine abgeschwächte Form, nach der die Tiere nur „gechippt“ hätten werden müssen, lehnte der Rat ab.

Dem vorausgegangen war ein Antrag der Tierschutzvereine Katzenhilfe Salzachthal und Tierschutz Ring Traunstein beim Landratsamt. Beide Vereine sind unter anderem im Gemeindebereich Tittmoning tätig, fangen Streuner Katzen ein, übernehmen Tierarztkosten oder Kastrationen, mit den selbstgesteckten Zielen, Tierleid ebenso zu mindern wie eine stetig steigende Katzenpopulation. Die Nachbarstadt Laufen hat sich für eine solche Katzenschutzverordnung ebenso entschieden wie jüngst die Gemeinde Kirchanschöring.

Die Wortmeldungen:

■ **Dirk Reichenau** (SPD) berichtete, dass er als Stellvertreter des Bürgermeisters vor einiger Zeit eine Versammlung der Katzenhilfe Salzachthal besucht und versprochen habe sich für die Arbeit des Vereins stark zu machen. Reichenau sagte, er habe großen Respekt vor den Frauen, die „viel Zeit, Engagement und eigenes Geld“ investieren, um notleidenden Katzen zu helfen. Er erinnerte seine Ratskollegen daran, dass die Verordnung mit Beschluss nicht in Stein gemeißelt sei, sondern so wieso nach einiger Zeit nochmal auf den Prüfstand gestellt werde, „ob es denn wirklich was gebracht hat“. Die Verordnung sei angebracht, da sie die Tierschutzvereinen mit einer gewissen Rechtssicherheit in ihrem Tun ausstattet würden. Reichenau schilderte außerdem, dass die Stadt Laufen, wo die Verordnung bereits seit 2023 im Kraft ist, nur ein einziges Mal eingreifen hat müssen, die Verordnung also nicht mehr Bürokratie und Arbeit in den Ämtern erzeugen würde, wie von manchen angenommen.

■ **Markus Sailer** (CSU), selbst Landwirt, erteilte der Verordnung eine Absage: „Ich kann der Verordnung nicht zustimmen, weil



Die Augen entzündet und zugeschwollen: Eine Fundkatze aus dem Gemeindebereich Tittmoning. – Foto: Katzenhilfe Salzachthal

die Bauern bereits viele Verordnungen aufs Auge gedrückt bekommen haben – gerade was den Tierschutz angeht.“ Seine Kollegen würden dies auch sehr kritisch sehen, so Sailer. Auch nicht leben könne er mit dem Passus des Betretungsrechts. Also dass die Kommune oder Beauftragte auf Grund und Boden anderer treuen dürften, um beispielsweise eine notleidende oder offensichtlich unkastrierte, herrenlose Katze einzufangen. „Auch wenn gesagt wird, dass das nur im absoluten Ernstfall passiert, ich kann dem einfach nicht zustimmen. Es tut mir Leid, das ist meine Meinung“, so Sailer.

Katzenhilfe hat das Ziel

„ein zufriedenes Miteinander herzustellen“

■ **Hans Glück** (Ökolisten) sprach sich, anders als noch im Oktober des vergangenen Jahres, nun deutlich für eine Katzenschutzverordnung aus: „Ich habe mit den Damen der Katzenhilfe Salzachthal länger telefoniert und bin mittlerweile überzeugt davon, dass wir dem Verein helfen müssen“, so der Biobauer. Er hob hervor, dass es sich in den allermeisten Fällen um freilebende Streuner Katzen handle, um die sich die

■ **Annemarie Dandl** (CSU) pflichtete ihrem Fraktionskollegen bei: „Ich möchte mich nicht verbiegen, ich kann einfach nicht dahinterstehen“, sagte sie und begründete dies auch mit dem Betretungsrecht. „Außerdem sind Katzen auf den Höfen einfach wichtig, weil sie hier eine andere Funktion erfüllen. Die Alternative

„Hat uns ehrlich gesagt schockiert“

„Wir waren selbst in der öffentlichen Stadtratssitzung anwesend und das Ergebnis hat uns ehrlich gesagt schockiert“, schreibt die Katzenhilfe Salzachthal auf Nachfrage der Mediengruppe Bayern, zu der auch diese Zeitung gehört. Die Mitglieder drückten in dem Schreiben ihren Dank aus an jene Ratsmitglieder, „die das Problem erkannt und verantwortungsvoll sowie lösungsorientiert für die Katzenschutzverordnung gestimmt haben“.

Unverständlich und bedenklich sei es, dass das Ablehnen offenbar auf Unwissenheit und Fehlinterpretationen beruhe. „Auf Fehlinformationen und Fehlauslegung, die während

der Sitzung weder richtiggestellt noch hinterfragt werden konnten. Dass auf einer solchen Grundlage eine so wichtige Entscheidung getroffen wurde, ist mehr als fragwürdig“. Eine nachweislich wirksame Lösung abzulehnen, ohne selbst tragfähige Alternativen vorzulegen, sei unverantwortlich.

„Noch beunruhigender ist allerdings die Haltung mancher, das Problem und die Fakten kleinzureden oder gar nicht erst als solches anzuerkennen. Diese Form der Verdrehung sei nicht nur kurzsichtig, sondern angesichts des Tierschutzes und unserer gesellschaftlichen Verantwortung geradezu fahrlässig.“ – enz

Katzenhilfe kümmern. Alles andere passiere in enger Absprache mit den Landwirten, die die Tierschützer in aller Regel selbst holen, wenn beispielsweise fremde Katzen zugewandert seien. „Der Katzenhilfe-Verein hat das Ziel, ein zufriedenes Miteinander aller Beteiligten herzustellen. Außerdem können wir doch später noch überprüfen, ob's die richtige Entscheidung war, oder nicht.“

■ **Karlheinz Berreiter** (CSU) sagte, es habe ihn schockiert, dass die Katzen, die irgendwo im bedauerlichen Zustand gefunden danach für viel Geld von Tierärzten aufgepäppelt würden, „anstatt sie von ihrem Leid zu erlösen“. Seiner Meinung nach würde das die Tierheime noch weiter überlasten. „Ich finde die Arbeit an sich nicht schlecht. Aber eine Verordnung braucht es in meinen Augen nicht“.

■ **Bärbel Forster** (Ökolisten) widersprach Karlheinz Berreiter: Es stehe klar und deutlich in der Verordnung, dass die Katzen nach Einfangen und Tierarztbesuch wieder an der Stelle freigelassen werden, wo sie aufgegriffen wurden: „Dass die Tierheime durch die Arbeit der Katzenhilfe mehr belastet wird, das stimmt mit Sicherheit nicht.“

■ **Kilian Persch** (FWG), auch auf einem Hof lebend, habe selbst schon die Hilfe der Katzenhilfe in Anspruch genommen, sagte er. Die letzten drei, vier Katzen hätte

er dann aber selbst zum Tierarzt gebracht: „Wenn man ein bisschen ein Gespür für Tiere hat, braucht man diese Verordnung nicht“, so Persch.

■ **Albert Schauer** (FWG) befand, dass für ihn jeder seiner Vorredner „wahrscheinlich ein bisschen Recht hat“ und es kein Richtig oder Falsch gebe. Er kritisierte, dass die Kommunen seitens des Landratsamts keine Flexibilität in der Ausgestaltung der Verordnung bekommen. Diese müsse landkreisweit gleich bleiben. „Ich bin mir sicher, das Ergebnis würde heute anders ausfallen, wenn wir das Betretungsrecht anpassen könnten. In der Form halte ich es für einen unverhältnismäßigen Eingriff ins Persönlichkeitsrecht“, so Schauer.

■ **Ilse Englmaier** (Öko-Liste) sagte, sie fände es merkwürdig, dass hier mit zweierlei Maß gemessen werde: „Eine Katze ist per Definition ein Haustier. Ein Hund ist auch ein Haustier, auch ein Papagei ist ein Haustier. Zu jedem Haustier gehört ein Mensch, der für dieses Tier Verantwortung übernehmen muss. Jeder Hund müsse angemeldet werden, Steuern bezahlt werden. Warum sollte das nicht für die Katzen gelten?“, fragte sie in die Runde. Katzen würden sich „wie die Karmickel vermehren“, dem müsse endlich Einhalt geboten werden, auch weil die hohe Population mittlerweile „zu einem echten Arten- und Naturschutzproblem geworden ist“.